

Bericht aus der Gemeinderatssitzung 12-25 vom 09.12.2025

Liebe Newsletter-Abonnenten, liebe Mitglieder,

mit einer sehr intensiven Sitzung beschloss der Gemeinderat das Jahr 2025. Aktuell ist mehr denn je die Kunst gefragt, bei knapper Kassenlage die richtigen Investitionsentscheidungen zu treffen, an einigen Stellen mit Einschnitten die notwendige Beinfreiheit zu schaffen, um in den wesentlichen Feldern Akzente setzen zu können. Stoff genug, sodass der Newsletter mit vier Seiten auch etwas ausführlicher geraten ist. Über die Weihnachtstage finden sich aber sicher auch ein paar ruhige Stunden für die Lektüre. In diesem Sinn wünschen wir Ihnen ein **besinnliches Weihnachtsfest und kommen Sie gut ins neue Jahr**. Im Januar wird dann der Landtagswahlkampf so richtig durchstarten. Unser **CDU-Kandidat Dr. Thorsten Schwarz** hat bereits die erste Adventswoche genutzt, um sich in einer „*Intensivwoche Bad Schönborn*“ beide Ortsteile und insbesondere das Thermanium ganz genau anzuschauen und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Mehr dann im Januar - oder bereits jetzt auf unserer Homepage.

Die wesentlichen Entscheidungen aus der letzten GR-Sitzung im Überblick:

- Die Sanierung am ehemaligen Rathaus Langenbrücken kann starten
- Bad Schönborn investiert 435.000 € in barrierefreie Bushaltestellen
- Die Vereinsförderung bleibt – trotz Sparzwang – mit Fokus auf Jugendförderung
- Die Anhebung der Grundsteuer in 2026 um 10 Punkte soll dem Haushalte jährlich 100.000 € zusätzliche Mittel bereitstellen

Rathaus als Zukunftsort:

Nach Nachbesserung durch die Verwaltung kann die Sanierung nun starten (TOP 7,8,9,10)

Vor drei Wochen wollte kein einziger der Gemeinderat die kurzfristig zur Sitzung vorgelegten vertraglichen Planungshonorare für die Sanierung es Rathauses Langenbrücken mittragen: Gesamtplanungskosten erschienen im Benchmark mit 24% der Gesamtprojektkosten unverhältnismäßig, Prozesse in der Verwaltung unklar, notwendige Details erst wenige Stunden vor der Sitzung nachgeliefert. Deshalb nahm der Gemeinderat seine Verantwortung als Aufsichtsorgan war und forderte Nachbesserung.

Am 9. Dezember wurde nun erneut über den Punkt beraten. Und siehe da: Die Verwaltung präsentierte nun drei Wochen später um ca **150.000 € geringerer Planungskosten**.

Gut, dass der Gemeinderat „nicht einfach durchgewunken“, sondern Verantwortung übernommen hat. Betrüblich, dass dies notwendig war. Erschreckend, dass die Verwaltung in der öffentlichen Darstellung auch noch den Gemeinderat schlecht dargestellt hat.

Ca. 4 Mio € wird die Sanierung nach aktueller Schätzung kosten. Die Gemeinde hofft dabei auf ca. 3 Mio € Förderung durch das Land. Gestartet wird aktuell mit Rohbaumaßnahmen in Höhe von rund 450.000 € durch die Fa. Schweikert aus Bruchsal, Flachdachsanierung durch die Fa. Holl Flachdachbau aus Lingenfeld (ca. 150.000 €)

Daniel Molk hat sich im Namen der CDU-Fraktion für den Einbau einer Lüftungsanlage im Erdgeschoss stark gemacht und dies gewohnt fachkundig mit Berechnungen unterlegt. BM Hüge, FW und UBBS sprachen sich gegen den Einbau der Lüftung aus. Der Gemeinderat hat mehrheitlich den Einbau beschlossen.

Bad Schönborn investiert in barrierefreien Nahverkehr (TOP 8)

Viele Bushaltestellen in Bad Schönborn sind aktuell nicht barrierefrei, manche noch nicht einmal überdacht. Für Menschen mit Rollatoren, Kinderwagen oder eingeschränkter Mobilität wird der Alltag so zur Herausforderung. Jetzt kommt Bewegung in die Sache: Der Gemeinderat brachte einstimmig den umfassenden barrierefreien Ausbau auf den Weg.

- **13 Bushaltestellen** in Langenbrücken (entlang der B3) und Mingolsheim (Strecke Bahnhof über Hotel Villa Medici bis zum Ärztehaus) werden 2026 barrierefrei ausgebaut.
- **435.000 € investiert die Gemeinde hierfür.** Das Land unterstützt dabei mit 75% der Baukosten.
- **Neue Wartehäuschen** sollen am Thermarium Süd, an der Polizei und am "Ochsen" entstehen, die die Schlosserei RIKA aus Bad Schönborn fertigen soll. Insgesamt sollen alle Haltestellen auf die Ausstattung mit einem Wetterschutz geprüft werden. Bernhard Steltz hatte bereits in der Ausschusssitzung für die CDU angeregt, mit dem Grundstücksbesitzer gegenüber der Polizei in den Dialog zu treten, um Platz für ein Wartehäuschen zu schaffen.

SPD fordert Erweiterung um digitale Anzeigen. BM Hüge verwies darauf, dass für die digitalen Anzeigen der KVV zuständig sei.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüßt das Vorhaben als notwendigen Schritt für mehr Teilhabe und Lebensqualität im öffentlichen Raum. Erfreulich ist zudem, dass die Maßnahme ca. **100.000 € günstiger als ursprünglich geplant** umgesetzt werden kann. Ein Beleg dafür, dass mit soliden Ausschreibungen und einem wachen Blick auf den Markt echte Effizienzgewinne möglich sind. Schön, dass es bei unseren Projekten durchaus Positivbeispiele für gutes Zusammenspiel von Förderung, transparenter Vergabe und örtlicher Wertschöpfung gibt.

Unser Wald, unser Auftrag: Nachhaltige Pflege statt kurzfristiger Profit (TOP 4)

Unser Wald ist Schöpfung, Erholungsraum, Klimaschützer und Wirtschaftsgut. Damit das so bleibt, braucht es Planung statt Zufall. Genau darum geht es beim jährlichen Waldwirtschaftsplan.

Die Bewirtschaftung des Gemeindewaldes erfolgt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch das Forstamt im Landratsamt Karlsruhe. Zuständig für Bad Schönborn ist seit Oktober 2024 Frau Anette Brand als neue Revierleiterin. Herr Nissen vom Forstamt berichtete, dass 2024 mit ganzjährigen Niederschlägen ein „*Wohlfühljahr für den Wald*“ war und das Wetter auch 2025 ausreichend positiv verlaufen ist. Im dritten Jahr in Folge hat sich der Zustand des Waldes nun verbessert.

Im Gemeinderat wurde nun der Bewirtschaftungsrahmen für das Jahr 2026 beschlossen. Geplant ist eine nachhaltige Nutzung der 211,5 Hektar Waldfläche, mit einem Erntevolumen von rund 975 Festmetern Holz. Die Entwicklung eines klimastabilen Waldes wird auch in Zukunft hohe Kosten in der Pflege verursachen. Für 2026 wird auf Basis einer konservativen Schätzung ein **Defizit von über 30.000 €** erwartet.

Positiv ist, dass wohl die Nachfrage an Schlagraum durch interessierte Bürger ausreichend bedient werden kann und voraussichtlich kein Losverfahren notwendig ist. Und eine erfreuliche Aussicht: CDU-Landesminister Hauk hat eine Gesetzesnovelle initiiert,

die die Verkehrssicherungspflichten der Gemeinden im Wald neu regelt: Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger statt Vollkasko-Versicherung durch die Gemeinde. Konkrete Folge ist, dass wir wieder Bänke im Wald aufstellen können. Als Bürger darf man sich dann wieder selbst entscheiden, ob die angrenzenden Bäume gesund erscheinen oder vlt. doch Astbruch droht (das Sitzen auf Bänken und betrachten einer Infotafel wird dem normalen Betreten des Waldes wieder gleichgestellt).

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

Gemeinde erhöht den Grundsteuerhebesatz um 10 Punkte (TOP 4)

Wir fördern weiter örtliche Vereine und konzentriert uns dabei aber auf die Jugendförderung (TOP 14+15)

Zur Einordnung: In der ersten Runde war der mittelfristige Finanzplan im Haushalt 2025 nicht genehmigungsfähig. Es droht, dass wir keine Genehmigung für zusätzliche Darlehen zur Finanzierung wichtiger Projekte bekommen. Daher wurde im Frühjahr auf Initiative der CDU die Haushaltsstrukturkommission gebildet. Im Laufe des Jahres wurden strukturelle Maßnahmen diskutiert, die Potentiale für Einsparungen aber auch die Einnahmenseite der Gemeinde verbessern soll. Die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, aktuell gehen wir immer noch von einem **jährlichen Defizit in Höhe von 3 Mio €** im Ergebnishaushalt aus.

Jochen Fellhauer kritisierte vorweg, dass die Verwaltung leider entgegen unserer wiederholten Forderung **kein Gesamtpaket zur Haushaltskonsolidierung vorlegt**. Im Oktober hatten Gemeinderäte aller Fraktionen sogar ein Arbeitspapier erarbeitet und der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Es wurde bis dato noch nicht weiterbearbeitet. Stattdessen stehen nun nach und nach einzelne Maßnahmen zur Einzelabstimmung. Somit wird erneut **jede Einzelmaßnahme zerlegt und zerredet**, ohne es im größeren Kontext einzuordnen und entscheiden zu können. Wie es besser geht, zeigt aktuell die Stadt Heidelberg. Auch hier gibt es entsprechende Arbeitspapiere. Der Stadtrat dort stimmt im Dezember über ein **Paket** von 189 Maßnahmen ab. So gibt es ein Stück!

Zwei Einzelmaßnahmen standen dann also am Dienstag auf der Tagesordnung. Die Verwaltung schlug vor, den Grundsteuerhebesatz um 10%-Punkte **von heute 140% auf 150%** anzuheben. Geplant **Mehreinnahmen: ca. 100.000 € pro Jahr**.

Als CDU-Fraktion haben wir uns mit diesem Vorschlag sehr schwergetan. Wir sehen die strukturellen Herausforderungen einerseits. Aber auch die individuellen Härten, die das neue Grundsteuerverfahren mit sich gebracht hat. Gerade ältere Bürger mit historisch großen Gartengrundstücken sehen sich teilweise mit unverhältnismäßig hohen Grundsteuerforderungen konfrontiert. 4 von 5 Mitglieder der CDU-Fraktion haben am Ende gegen die Erhöhung gestimmt, Jochen Fellhauer dafür.

Mit einem klaren Bekenntnis zu den örtlichen Vereinen erhalten wir die Vereinsförderung, **konzentrieren uns dabei aber auf die Jugendarbeit**. Die bleibt bei **25 € Förderung je minderjährigem Vereinsmitglied**. Die Gesamtfördersumme deckeln wir für die Gemeinde bei **41.000 € jährlich** – mit Zusage, die Höhe des Deckels regelmäßig auch zu prüfen. Das ist sogar etwas mehr als wir 2024 für die Jugendförderung in Summe ausgeschüttet haben. Wegfallen wird zukünftig die Grundförderung von 100 € pro Verein. Die Investitionszuschüsse werden 2026 ausgesetzt, die Unterstützung für die Beregnung der Sportanlagen reduziert.

Weitere Themen der Sitzung:

Frank Kleinlagel folgt auf Mario Meid in der Fraktion der Freien Wähler (TOP 2+3)

Aufgrund persönlicher Gründe scheidet Mario Meid aus dem Gemeinderat aus. Frank Kleinlagel rückt für ihn nach.

Gemeinderat ermöglicht die Baumaßnahmen für KiTa Plätze im Seniorenstift (TOP 5)

Der Gemeinderat stimmte der Änderung der Nutzung des Gebäudes am Ende der Franz-Peter-Sigel-Straße zu. Das war notwendig, damit das Landratsamts dem Bauantrag für die KiTa im Erdgeschoss des Seniorenstifts zustimmen kann.

Neue Wasser- und Abwassergebühren 2026 (Top 13)

Der Gemeinderat hat die Wasser- und Abwassergebühren für 2026 angepasst. Die Gebühren orientieren sich immer an den tatsächlichen Kosten, um eine kostendeckende Finanzierung sicherzustellen. Die Verbrauchsgebühr für **Trinkwasser** steigt von derzeit **2,32 €/m³ auf 2,58 €/m³** (zzgl. MwSt.). Die **Schmutzwassergebühr** erhöht sich von **2,45 €/m³ auf 3,06 €/m³**, während die Niederschlagswassergebühr von **0,35 €/m² auf 0,46 €/m² steigt** – ein notwendiger Schritt zur Finanzierung künftiger Investitionen, etwa in die Kläranlage.

Gemeinde bürgt für den Kredit zur Verlagerung des Wellmobilparks (Top 11)

Die Kurbetriebs GmbH nimmt einen Kredit zur Finanzierung der Verlegung des Wellmobilparks auf. Die Gemeinde bürgt dafür.

Digitale Bekanntmachungen (Top 16)

Mit dem Schritt zur digitalen Bekanntmachung setzt Bad Schönborn ab 2026 ein weiteres Zeichen für Digitalisierung in der Verwaltung, mehr Bürgerfreundlichkeit und Transparenz. Zukünftig sind amtliche Informationen jederzeit online einsehbar – einfach, ortsunabhängig und nachhaltig. Die CDU begrüßt den nächsten Schritt in Richtung digitaler Verwaltung.

Ausschreibung der Verpflegung an der MES (Top 19)

Turnusgemäß muss die Schulverpflegung der Michael-Ende-Schule neu ausgeschrieben werden.

Vorbereitungen der Landtagswahl am 08. März 2026 (TOP 18)

Die bewährte Einteilung in je vier Wahlbezirke pro Ortsteil bleibt bestehen – gewählt wird wie gewohnt in den Schulen. Die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer erhalten wie bei früheren Wahlen eine pauschale Entschädigung von 50 Euro für ihren wichtigen Einsatz.

Neuregelung Wahlkampfplakatierung (TOP 11)

Wahlkampf ja – übermäßige Plakatflut nein. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Regeln für das Aufstellen von Wahlplakaten nachzuschärfen und vor allem die Anzahl der Plakate auf 22 pro Partei und Ortsteil zu begrenzen. Über die Details hatten wir ja schon berichtet.

Anfragen und Bekanntgaben

Erneut stellten Eigentümer der Häuser in der Waldparkstraße Fragen zum Sachstand der Erschließung. Seit 2023 können dort die Häuser nicht bezogen werden, da der Investor die Häuser weder an Wasser und Abwasser angeschlossen, noch die Straße gebaut hat.